STADT LINNICH
Die Bürgermeisterin

Mitteilungsvorlage
- öffentlich -
Drucksache **M-32/2026**

Beratungsfolge	Termin	TOP
Finanz- und Personalausschuss	15.09.2026	öffentlich /

Dienststelle	Datum:	Sachbearbeiter:	Aktenzeichen
Fachbereich FB2	07.08.2026	Frau Linzenich	902.43-018

Finanzbericht 01.01.-31.07.2026

Finanzielle Auswirkungen
[X] Die Vorlage berührt nicht den Etat
[ ] Die Vorlage berührt den Etat auf der Einnahmeseite
[ ] Mittel stehen zur Verfügung
Hh.-Stelle
Haushaltsausgabereste
Bisher angeordnet
Investitionsprogramm
Verpflichtungsermächtigung
[ ] Mittel werden über-/außerplanmäßig bereitgestellt Hh.-Stelle

Deckungsvorschlag:

Gez. Hensen

(Kämmerei)

Ergebnis der Mitteilung

[ ] Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen

Ergebnis der Mitteilung:

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

Inhalt der Mitteilung:

Durch die Mitglieder des Finanz- und Personalausschusses wurde festgelegt, dass halb- bzw. vierteljährlich Finanzberichte zu erstellen und vorzulegen sind. Die Berichte sollen aus einer Prognose zum Gesamtergebnis und einer Darstellung der wesentlichen Haushaltsabweichungen bestehen.

Zur Übersicht über die Gesamtlage und die Entwicklung der ersten 7 Monate des Jahres 2026 erfolgt nun ein Finanzbericht.

Der Haushalt 2026 inkl. Haushaltssicherungskonzept wurde in der Ratssitzung am 28.04.2026 verabschiedet. Der Ergebnisplan schließt in 2026 unter Berücksichtigung eines globalen Minderaufwandes mit einem Defizit i.H.v. 3.723.200 € ab. Ein Haushaltssicherungskonzept musste für den Zeitraum 2026 bis 2034 aufgestellt werden. Die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen wurde der Kommunalaufsicht des Kreises Düren per elektronischer Post vom 01.06.2026 angezeigt. Mit Verfügung der Kommunalaufsicht des Kreises Düren vom 14.07.2026 wurde das aufgestellte Haushaltssicherungskonzept genehmigt.

Einzelne wichtige Haushaltspositionen bzw. wesentliche Abweichungen in der (vorläufigen, da unterjährig erstellten) Gesamtergebnisrechnung werden nachfolgend erläutert:

01 – Steuern und ähnliche Abgaben

Für 2026 wurde ein Gewerbesteueraufkommen i.H.v. 14,0 Mio. € eingeplant. Dieser Ansatz wird zum Zeitpunkt der Fertigung dieser Vorlage aufgrund von erheblichen Rückzahlungen an Steuerpflichtige für die Jahre 2024 und 2025 um insgesamt 1,7 Mio. € unterschritten. Insgesamt liegen die Steuererstattungen bei 1,9 Mio. €. Somit kann momentan nicht geschätzt werden, welcher Ertrag mit der Gewerbesteuer erzielt werden kann.

Zu Beginn des Jahres wurde mit einem Gesamtaufkommen bei der Einkommenssteuer i.H.v. 8,1 Mio. € geplant. Derzeit sind die Einkommensteueranteile bis 30.06. abgerechnet. Sofern die Zahlung für das zweite Halbjahr der Zahlung des ersten Halbjahrs entspricht, könnte das Aufkommen zum Jahresende 8,0 Mio. € betragen und wäre demnach rd. 100 T€ geringer als geplant.

Bei den Umsatzsteueranteilen wurde zu Jahresbeginn mit einem Gesamtaufkommen i.H.v. 1,562 Mio. € geplant. Auch hier sind die Anteile bis 30.06. abgerechnet. Unter Zugrundelegung eines gleichmäßigen Ertragsaufkommens läge das Gesamtaufkommen der Umsatzsteuer im Jahr 2026 mit 1,824 Mio. € erheblich über dem Planansatz.

Wie bereits in vorherigen Berichten erwähnt, haben sich die Erträge im Bereich der Vergnügungssteuer positiv entwickelt und liegen zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Vorlage bei 41 T€ und somit über den Erwartungen, da die Abrechnung des dritten Quartals 2026 noch aussteht (Ansatz 2026 gesamt: 55 T€).

Die übrigen Steuern entwickeln sich hingegen planmäßig bzw. liegen im Bereich der Grundsteuer B mit 3,312 Mio. € etwa 8 T€ über dem Ansatz. Das Ertragsaufkommen der Kompensationsleistungen 2026 fällt um ca. 31 T€ höher aus als geplant.

02 – Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Bis zum Zeitpunkt der Fertigung dieser Vorlage erhielt die Stadt Linnich laufende Zahlungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz i.H.v. 30 T€. Dieser Betrag umfasst alle Zahlungen nach dem Meldeergebnis bis einschließlich Juni 2026. Derzeit wird mit einem Gesamtistaufkommen für das Haushaltsjahr 2026 i.H.v. 61 T€ kalkuliert, soweit man bei einer Hochrechnung von der Zahlung für Juni 2026 ausgeht. Hierdurch würden Mindererträge i.H.v. 289 T€ entstehen.

Das Ertragsaufkommen der Schlüsselzuweisungen wurde mit 1,9 Mio. € planmäßig verbucht.

Für die Erstellung eines Klimaschutzmanagements werden Bundeszuweisungen i.H.v. 75 T€ erwartet.

Es wird ein Zuschuss von einem privaten Unternehmen für die Kanalsanierung in Tetz i.H.v 130 T€ erwartet.

Die übrigen Ertragspositionen entwickeln sich planmäßig.

Die Auflösung von Sonderposten erfolgt analog zu der Buchung bilanzieller Abschreibungen, sodass in diesem Bereich unterjährig noch nicht alle Buchungen erfolgt sind.

03- Sonstige Transfererträge

Die sonstigen Transfererträge übersteigen die Planzahlen derzeit um 149 T€ und stammen in erster Linie aus Rückforderungen und Erstattungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und sind daher nicht planbar.

04 – Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Die Schmutzwassergebühren weisen für das laufende Jahr Mindererträge von etwa 36 T€ auf. Gleichzeitig wird das Ergebnis des Vorjahres um 41 T€ überschritten. Ebenfalls bei der Niederschlagswassergebühr wird der Ansatz um 25 T€ für das laufende Jahr unterschritten und gleichzeitig der Vorjahrswert um 35 T€ überschritten.

Die Grabstättengebühren liegen mit 56 T€ über dem geplanten Ansatz von 130 T€. Die Grabanfertigungsgebühren bleiben mit rund 39 T€ hinter dem Planansatz von 55 T€ zurück. Zu beachten ist bei diesen Zahlen allerdings, dass die Grabstättengebühren am Jahresende abzugrenzen sind und dies für 2026 noch nicht vorgenommen wurde. Die Grabanfertigungsgebühren sind von den Bestattungszahlen abhängig.

Eine Verbesserung im Vergleich zu den Vorjahren ist aufgrund gestiegener Nutzung bei den Benutzungsgebühren für Aufbahrungshallen festzustellen (derzeitiges Ergebnis 2.200 €, Plan 4.000 €). Im Vergleich dazu betrug das Ergebnis des Jahres 2024 gerundet 4.100 €, im Vorjahr betrug das Ergebnis 3.200 €.

Die Benutzungsgebühren für Unterkünfte fallen aktuell rund 142 T€ niedriger als geplant aus. Grund ist hier, dass mit einer höheren Belegung von Haus 8 und somit mit Erträgen aus Benutzungsgebühren gerechnet wurde.

Die Badegebühren des Hallenbades liegen mit rund 75 T€ noch deutlich hinter dem Ansatz von 100 T€. Hier muss das erste Halbjahr noch mit Vereinen und anderen Institutionen abgerechnet werden. Die Abrechnung erfolgte Mitte August 2026.

Die Elternbeiträge für die OGS übersteigen den geplanten Ansatz um 17 T€.

Die Auflösung von Sonderposten erfolgt analog zu der Buchung bilanzieller Abschreibungen, sodass in diesem Bereich unterjährig noch nicht alle Buchungen erfolgt sind.

05 – Privatrechtliche Leistungsentgelte

Die privatrechtlichen Leistungsentgelte liegen zum jetzigen Zeitpunkt mit rund 252 T€ noch deutlich unter dem Planansatz von 353 T€.

Die Erträge aus Vermietung werden auf das Jahr betrachtet planmäßig erzielt.

Die Buchung der Erträge aus (Land)pacht ist noch nicht erfolgt. Es ist von einem gleichbleibenden Betrag wie im Jahr 2025 auszugehen.

Mit 9.000 € liegen die Erträge aus Verkauf bereits jetzt über dem Planansatz (4.000 €).

Noch nicht realisiert sind die Erträge aus dem Betrieb von Windenergieanlagen i.H.v. 180 T€. Diese fallen erst im Dezember an und sind der Hauptgrund für die aktuelle Abweichung von den Planwerten.

06 – Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Hinter den Planzahlen bleiben die Kostenerstattungen und Kostenumlagen zurück. Hier liegt die Differenz zwischen Ansatz und aktuellem Ergebnis bei etwa 779 T€.

Dieser Minderertrag verteilt sich unter anderem auf fehlende Kostenerstattungen von verbundenen Unternehmen (-150 T€), von Gemeinden (-129 T€) sowie vom Schulzweckverband GAL (-107 T€). Auch die Erstattungen von Bewirtschaftungskosten bleiben aktuell noch mit rund 355 T€ hinter dem Ansatz zurück.

Wie auch bei den Benutzungsgebühren ist hier die geringe Belegung in der Flüchtlingsunterkunft Haus 8 der Grund für das geringere Ertragsaufkommen.

Demgegenüber liegen die Ersatzleistungen, insbesondere für Hausanschlüsse, rund 55 T€ über dem Ansatz.

07 – Sonstige ordentliche Erträge

Auch die sonstigen ordentlichen Erträge weichen noch um etwa 1.379 T€ von der Planung ab, was hauptsächlich an bislang nicht realisierten Erträgen aus Grundstücksverkäufen, die mit 460 T€ im Haushalt vorgesehen sind, und einer Rückstellungsauflösung i.H.v. 771 T€ liegt. Die Auflösung der sonstigen Rückstellung infolge erhöhter Umlagebelastungen erfolgt im Wege des Jahresabschlusses 2026.

Zudem sieht der Haushaltsplan die Auflösung von Pensions- und Beihilferückstellungen vor, die mit einem Gesamtvolumen von rund 133 T€ erst im Jahresabschluss realisiert werden.

Bei den Konzessionsabgaben sind derzeit für dieses Jahr noch Mindererträge i.H.v. 102 T€ zu verzeichnen.

Die Verwarnungsgelder haben sich in diesem Jahr bislang geringer als erwartet entwickelt, sodass hier derzeit Erträge von 9 T€ zu verzeichnen sind, die einem Ansatz von 50.500 € gegenüberstehen und diesen bis zum Jahresende voraussichtlich nicht erreichen werden.

Ebenfalls ist aufgrund der diversen Nachforderung der Gewerbesteuer mit einer Verbesserung bei den Säumniszuschlägen (+20 T€) gegenüber dem Ansatz zu rechnen.

11 und 12 – Personal- und Versorgungsaufwendungen

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen verhalten sich zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Vorlage unter den Planansätzen. Hauptgrund hierfür sind nicht oder nicht rechtzeitig besetzte oder wiederbesetzte Stellen.

Zur Höhe der Zuführungen zur Pensions- und Beihilferückstellung kann zum jetzigen Zeitpunkt keine verlässliche Aussage getroffen werden. Eine endgültige Höhe der Zuführungen kann erst im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten nach Vorlage des Versorgungsgutachtens durch die Versorgungskasse beziffert werden.

Die Beihilfeaufwendungen für aktive Beamte liegen rund 75 T€ über dem Planansatz, die Aufwendungen der Versorgungsempfänger liegen dafür 124 T€ unter dem Planansatz für das Jahr 2026. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass die Umlagezahlungen an die Beihilfekasse der Stadt Linnich zunächst zentral über das Sachkonto Beihilfeaufwendungen für aktive Beamte dargestellt werden.

13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind aktuell mit 2.180 T€ unter dem Ansatz.

Insbesondere die Instandhaltungsaufwendungen des Infrastrukturvermögens in Höhe von 230 T€, die Unterhaltung von Grundstücken und Gebäuden mit 101 T€ sowie die Unterhaltung von Entwässerungsanlagen mit derzeit 100 T€ liegen deutlich hinter den kalkulierten Ansätzen zurück. Grund hierfür sind viele zurückgestellte Maßnahmen aufgrund der späten Haushaltsgenehmigung.

Die Aufwendungen für die Reinigung liegen rd. 133 T€ unter dem Ansatz i.H.v. 256 T€. Eine Hochrechnung des Jahresergebnisses auf Grundlage des ersten Halbjahres ergibt eine Unterschreitung des Haushaltsansatzes.

Ein deutlicher Rückgang gegenüber dem Plan stellt sich aktuell im Bereich der Heizkosten (-174 T€ gegenüber Ansatz) und Stromkosten (-132 T€ gegenüber Ansatz) dar. Letztlich muss die Endabrechnung abgewartet werden, da es sich bei den Istzahlen derzeit um geleistete Vorauszahlungen handelt.

Bei den Schülerbeförderungskosten sind bereits 121 T€ von den angesetzten 365 T€ verausgabt.

Für die Maßnahmen infolge des Rurhochwassers wurden 117 T€ angesetzt, die bislang noch vollständig ungenutzt geblieben sind. Von einer Verwendung des Ansatzes bis zum Jahresende ist auszugehen.

14 – Bilanzielle Abschreibungen

Bei den Aufwendungen für Abschreibungen werden keine unterjährigen Buchungen vorgenommen. Von einer planmäßigen Entwicklung kann hier jedoch ausgegangen werden.

15 – Transferaufwendungen

Die Summe der Abschläge für den Förderschulzweckverband des Kreises Düren ist mit 136 T€ unterhalb des Ansatzes i.H.v. 685 T€.

Die Umlage an den Schulzweckverband Aldenhoven-Linnich wurde im Haushalt 2026 mit 200 T€ eingeplant. Aktuell sind aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung des Verbandes lediglich 120 T€ abgerufen.

Die übrigen Umlagen an Zweckverbände verlaufen derzeit planmäßig.

Die Umlage an die Indeland GmbH ist noch nicht ausgezahlt. Der Ansatz mit 158 T€ ist somit noch vorhanden.

Im Haushalt 2026 wurde der Deckungskreis für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz mit 505 T€ geplant. Zum Zeitpunkt der Fertigung dieser Vorlage ist der Deckungskreis zu 38 Prozent (= 190 T€) in Anspruch genommen. Hierin enthalten ist bereits die Vorschusszahlung an den Kreis Düren für den Monat August 2026. Für das lfd. Jahr 2026 kann daher davon ausgegangen werden, dass die Mittel des Deckungskreises ausreichen.

Aufgrund der geringen Erträge aus der Gewerbesteuer im ersten Halbjahr sind die Abschläge auf die Gewerbesteuerumlage erheblich geringer als erwartet ausgefallen. Dem Haushaltsansatz für das laufenden Jahr i.H.v. 908 T€ stehen bisher Aufwendungen i.H.v. 397 T€ entgegen.

Die Aufwendungen zur Kreis- und Jugendamtsumlage entsprechen den zu erwartenden Umlagebelastungen für das Haushaltsjahr 2026. Die bisherige Ansatzunterschreitunen sind aufgrund der vorläufigen Festsetzung der Abschläge mit den Umlagegrundlagen des vergangenen Jahres zu begründen. Mit der endgültigen Festsetzung der Umlage und Zahlungsanforderung wird im Laufe des Jahres 2026 gerechnet.

16 – sonstige ordentliche Aufwendungen

Derzeit fallen die sonstigen ordentlichen Aufwendungen trotz einiger Buchungen, die bereits für das gesamte Haushaltsjahr vorgenommen wurden, gegenüber der Planung um 766 T€ geringer aus. Der Großteil entfällt auf die Position „Gerichts-, Verfahrens- und Gutachterkosten, Honorare“, die mit 150 T€ einen Großteil der Einsparung ausmacht. Eine weitere Unterschreitung der Ansätze sind aktuell im erheblichen Ausmaß bei den Positionen Personalnebenaufwendungen (-102 T€), Aufwandsentschädigungen für Ratsmitglieder (-66 T€), Aufwendungen für die Kommunale Wärmeplanung und Mietaufwand (-46 T€) zu verzeichnen.

20 – Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Die Aufwendungen für Zinsen unterschreiten derzeit die eingeplanten Haushaltsansätze i.H.v. 8 T€. Derzeit profitiert die Stadt Linnich noch von einigen wenigen Liquiditätskrediten, die zu günstigen Konditionen abgeschlossen wurden. Diese Zinsbindungen laufen spätestens im Jahr 2027 aus. Künftige Prolongationen können dann nicht mehr zu günstigen Konditionen abgeschlossen werden. Mitte August 2026 beträgt der Bestand an Liquiditätskrediten 16,4 Mio. € (Stand zu Jahresbeginn: 16,4 Mio. €).

Investitionsbewirtschaftung

Seit Genehmigung des Haushalts durch die Kommunalaufsicht dürfen neben Fortsetzungsinvestitionsmaßnahmen, für die Haushaltsreste zur Verfügung stehen, auch weitere Maßnahmen aus dem Haushalt realisiert werden, die in Vorjahren noch ohne Ansatz waren.

Die Kreditermächtigung zur Finanzierung der Investitionen wurde in der Haushaltssatzung 2026 durch den Stadtrat auf 2.466.700 € festgesetzt.

Auf die beigefügte Aufstellung der Investitionsbewirtschaftung, Stand 12.08.2026, wird verwiesen.

Prognose zur Gesamthaushaltsentwicklung

Derzeit kann festgehalten werden, dass sich das Jahresergebnis für das Jahr 2026 positiver als geplant entwickelt. Grund hierfür sind die Maßnahmen, die aufgrund der fehlenden Haushaltsgenehmigung nicht begonnen werden durften. Es bleibt abzuwarten, ob das positive Jahresergebnis bis zum Jahresende gehalten werden kann.

Festzustellen bleibt auch, dass im Jahresergebnis ein Defizit von 3,7 Mio. € auszugleichen ist. Der globale Minderaufwand, der mit 948 T€ eingeplant wurde, kann nur in der Haushaltsplanung berücksichtigt werden. In der Haushaltsausführung muss der globale Minderaufwand jedoch durch die Ist- Ergebnisse tatsächlich erzielt werden.

gez.
(digitaler Workflow,)